

Ina Jacobi
Geschäftsführerin

Antrag
für den
Schulausschuss
am 29. Oktober 2020

Fraktionsbüro im Neuen Rathaus
Hiroshimaplatz 1-4
Tel.: +49 (551) 400 2785
Grueneratsfraktion@goettingen.de
www.gruene-goettingen.de/stadtrat

Göttingen, 14. Oktober 2020

Zukunft der Bildungsregion

Der Ausschuss möge dem Rat zum Beschluss vorlegen:

Die Verwaltung möge die Planungen zur weiteren Entwicklung der Bildungsregion öffentlich in der kommenden Sitzung des Schulausschusses vorstellen und mit den Ausschussmitgliedern beraten.

Hierbei sind insbesondere die bisherigen Arbeitsfelder und die bisherige Finanzierung darzustellen, sowie auch die sich aus einer Überführung in die Südniedersachsen Stiftung ergebenden Veränderungen für die Steuerung der bildungspolitischen Aufgaben durch die beteiligten Gebietskörperschaften.

Begründung:

Uns sind Bestrebungen bekannt, die Bildungsregion in die Südniedersachsenstiftung zu überführen. Dieses ohne öffentliche Beratung durchführen zu wollen, entspricht nicht dem Transparenzanspruch und der Beteiligung kommunaler Gremien. Der Schulausschuss ist grundsätzlich über die Planungen und konzeptionellen Überlegungen zur Zukunft der Bildungsregion miteinzubeziehen.

Die kommunale Koordinierung von Bildung, in der die Synergieeffekte aus Schule und Jugendhilfe mit einfließen, muss von der Kommune gesteuert werden. Die Bildungsregion wird aus kommunalen Mitteln finanziert, deshalb gehört die Steuerung und Koordinierung in kommunale Hand. So sollte der Rat entscheiden, ob und welche Aufgaben der Bildungsregion in Zukunft von der Verwaltung der Stadt übernommen werden können. Die Qualitätsentwicklung in der Ganztagschule, Inklusion und Integration sollten als städtische Aufgabe verstanden werden. Die Gründung eines eigenen Bildungsbüros für die Stadt Göttingen wäre dabei in Überlegungen und Entscheidungen miteinzubeziehen, selbstverständlich in Kooperation mit dem Landkreis Göttingen. Diese konzeptionellen Überlegungen sind unter der Prämisse umzusetzen, was zu tun ist, um die Bildungssituation in unserer Region und für die Menschen zu verbessern.

Bildungspolitische Neustrukturierungen und Veränderungen, die die Bildungsregion betreffen, sollten zeitlich so gelegt sein, dass der neugewählte Rat (2021) dabei mitwirken kann.